

Ministerpräsident Weil: Rundfunkbeitrag-Einigung in weiter Ferne!

Ministerpräsident Weil betont festgefahrene Rundfunkbeitragsverhandlungen; Reformen und wirtschaftliche Maßnahmen stehen an.

Hannover, Deutschland - In einem dramatischen Wendepunkt haben die Ministerpräsidenten der Länder beschlossen, die seit langem diskutierte Erhöhung des Rundfunkbeitrags zu stoppen. Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil äußerte vor der Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin, dass die Verhandlungen festgefahren sind und er „nicht mehr mit einer Einigung rechnet“. Die monatliche Gebühr für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die derzeit bei 18,36 Euro liegt, sollte um 58 Cent auf 18,94 Euro angehoben werden, **berichtete Radio Ennepe Ruhr**.

Wie **Focus** berichtete, sind tiefgreifende Reformen für die ARD und ZDF geplant. Die Gespräche über die Beitragserhöhung werden auf Dezember verschoben. Stattdessen haben die Ministerpräsidenten den dringenden Bedarf eines Systemwechsels bei der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks anerkannt. Deren oberstes Ziel ist es, die Senderlandschaft zu straffen: Die Hälfte der linearen Spartenprogramme und jeder dritte Hörfunksender sollen wegfallen. Auch Luxusgehälter der Sender-Chefs sind Teil der Diskussion über neue Gehaltsstrukturen.

Weil selbst kritisierte die vorzeitige Verfassungsbeschwerde von ARD und ZDF, da diese den Dialog noch weiter erschwert hat.

Die Ministerpräsidenten haben sich darauf geeinigt, dass weitere Beratungen im Dezember stattfinden und betonten die Notwendigkeit, die Akzeptanz und das Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu wahren. Diese nervenaufreibenden Entwicklungen zeigen das Bestreben der Länder, die Struktur des Rundfunks zu modernisieren und effizienter zu gestalten, während gleichzeitig ein Austrocknen kreativer Inhalte vermieden werden soll.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Hannover, Deutschland
Quellen	• nag-news.de • www.radioenneperuhr.de • www.focus.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at